

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags...

Die achtspaltige Anzeigenzeile ober dem Raum kostet 5,- M. einschließlich...

Freiheit Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die unerwünschte Orgelesch

Die englische Aktion in Oberschlesien

Die Londoner Blätter weisen auf die Gefahr einer weiteren Verschleppung der oberschlesischen Frage hin. Die „Times“...

zung der vor zehn Tagen abgeordneten englischen Note, ist gestern neuerlich eine Note an die französische Regierung gesandt worden...

Die pünktliche Erfüllung der deutschen Verpflichtungen

Paris, 1. Juni. (Havas.) Die Bestimmungen des Artikels 5 der Zahlungsausstellung, welche Deutschland am 5. Mai zugestellt wurde...

Anerkennung des deutschen Selbstschutzes

Dem Zwölferausschuss der deutschen Parteien gab General Le Rond die Erklärung ab, die Interalliierte Kommission...

London, 1. Juni.

Kentner meldet aus New York: Die erste Rate der durch Vermittlung der Vereinigten Staaten an die Alliierten zu leistenden deutschen Reparationszahlung...

Englischer Kabinettsrat über Oberschlesien

Gestern fand ein Kabinettsrat statt, der sich mit der Frage von Oberschlesien und von Angora beschäftigte. In Ergänzung...

Der preußische Etat

Rede des Finanzministers Dr. Saemisch im Preussischen Landtag

In der heutigen Sitzung des Preussischen Landtages ergriff der Finanzminister Dr. Saemisch das Wort zu dem vorliegenden Entwurf eines Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1921.

Diesen Mehrausgaben gegenüber haben die Mehreinnahmen nicht gleichen Schritt gehalten. Die Haupteinnahmequelle bildet nach wie vor der Anteil Preußens an den Reichsteuern...

die im wesentlichen aus der im vorigen Jahre noch nicht berücksichtigten Körperschaftsteuer fließen. Die Nettoeinnahmen aus den Betriebsverwaltungen sind gegenüber dem Jahre 1920 um 441 Millionen Mark zurückgeblieben...

Mag nun die im Haushalt fehlende Summe demnächst ausfallen, wie sie will, jedenfalls muß unter allen Umständen für die Deckung des etatsmäßigen Fehlbetrages gesorgt werden.

Es kann darüber kein Zweifel sein, daß zur Deckung des etatsmäßigen Fehlbetrages eine Ausschöpfung aller Steuermöglichkeiten bis zum letzten unerlässlich ist.

nicht in der Lage, Ihnen ein klar umrissenes Steuerprogramm vorzulegen.

Bei der Erschließung eigener neuer Steuerquellen müsse vorsichtig zu Werke gegangen werden. Wird z. B. auf die Grundsteuer zurückgegriffen, die bisher den Gemeinden zur Verfügung stand...

Auch den Gemeinden muß die finanzielle Ertragsmöglichkeit gewahrt bleiben.

und sie darf durch staatliche Maßnahmen nicht gelähmt werden. Ebenso muß aber das finanzielle Interesse der Länder gegenüber den einzelnen noch nicht geklärten Steuerplänen des Reichs voll zur Geltung kommen.

Der Finanzminister plädierte sodann für eine dauernde Einschränkung aller Ausgaben und für die Vereinfachung der Verwaltung. Aufgaben kultureller und sozialer Art könnten nicht mehr mit derselben Freigiebigkeit wie bisher erfüllt werden...

Milchnot und Milchpreis

Von Lucy Dörre

Nach langem Kampf hat der Sturmhauf der Händler und Landwirte gegen die behördliche Bewirtschaftung der Milch wieder einen größeren Erfolg errungen. Trotzdem noch vor wenigen Monaten versichert wurde, daß die Zwangsbewirtschaftung für dieses wichtige Nahrungsmittel beibehalten bleiben sollte...

Die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse und Folgen dieser Verordnung sind die folgenden: Die Frage nach einer Milchnot überhaupt liegt schon beantwortet im alten zwangswirtschaftlichen Bewirtschaftungssystem...

Daß der Mangel der Erfüllung nicht im alten System, wohl aber bei gewissen Produzenten- und Händlergruppen, die sich fleißig in der Umgehung aller Vorschriften übten, lag, ist klar. Das Einsehen einer freien Wirtschaftspolitik muß als verfrüht angesehen werden...

Das Problem der Beschaffung einer ausreichenden Quantität, verbunden mit einer gefunden, vor allem im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung verfolgten...

Preispolitik, ist eine schwere finanzielle Frage für die Kommunen. Ob aber immer durch die eben erwähnte Ausgleichsmethode, die nichts anderes als die Abwälzung des Geldverlustes bei der rationierten Milch auf den Preis der freien Milch immer möglich ist, hängt von der Menge der verfügbaren Milch wesentlich ab und muß schon stark bezweifelt werden, insbesondere für die Herbstmonate, in denen das Angebot zurückgeht.

Um den Preis für die inländische Milch zu senken, wird die Emulsionsmilch, das ist die aus ausländischem Trodenpulver mit Butterzusatz hergestellte Milch, eine besondere Rolle spielen. Wenn die allgemeinen freien Preise steigen, müßte sie zu relativ billigen Preisen auf den Markt gebracht werden, einmal um den Bedarf zu befriedigen und zum andern Einfluß auf die Preisgestaltung der freien Milch auszuüben. Die Menge der auf den Markt zu bringenden Emulsionsmilch hängt wieder von den Salutarverhältnissen ab. Wichtig ist, daß ihr Preis aber auf jeden Fall, selbst bei ungünstiger Einfuhr, niedrig gehalten werden muß. Darüber sollte man sich in maßgebenden Stellen auch klar sein. Die Finanzkraft der Kommunen ist zwar äußerst angespannt. Man bürdet ihnen dauernd ungeheure Lasten auf, nimmt ihnen dagegen die Einnahmequellen. Das Finanzrisiko der Kommunen wird gerade für die Uebergangszeit, die eine heiße Jahreszeit ist, besonders bedeutsam. Die Möglichkeit eines Verlustes an Milch überhaupt, durch Versauern und damit verbunden ein Geldverlust, liegt jetzt gerade sehr nahe. Die Ertragsfähigkeit beim Butterfäulen saurer Milch ist nicht so hoch wie bei vollwertiger. Weiter muß für diese relativ unbrauchbare Milch der gleiche Frachtpreis — nicht Sonderpreis — wie für vollwertige Milch gezahlt werden. Diesen Verlust werden die Kommunen als erhöhten Verwaltungskostenprozentsatz in die Kalkulation des Verbraucherpreises aufnehmen müssen.

Der Grundfehler, auf dem sich die künftige Uebergangswirtschaft für Milch aufbaut, sind also die Kommunalverbände. Von dem Erfolg ihrer Wirtschaftspolitik hängt das Wohl vieler tausend Kinder, Mütter und Kranke ab. Versagen sie, so würden die minderbemittelten Bevölkerungsteile unter den Folgen kapitalistischer Wirtschaftspolitik des Reiches leiden müssen. Wie sich die Milchversorgung bei vollkommen freier Wirtschaft in den Wintermonaten gestalten wird, ist heute noch nicht abzusehen. Denn die Sommermonate sind für die Milchversorgung die besten, da die Produktivität im Sommer die höhere ist. Man darf für die Wintermonate mit viel schwierigeren Verhältnissen rechnen. Was nützt den Minderbemittelten das Vorhandensein von Milch, wenn er sie nicht kaufen kann; diese Frage werden dann viele aufwerfen, die jetzt für die freie Wirtschaft schwärmen. Und die Preise werden in den Herbst- und Wintermonaten neuerdings stark anziehen. Und das, obwohl die Milch wegen ihrer Notwendigkeit gerade für Säuglinge und Mütter im Interesse der Volksgesundheit das wichtigste Nahrungsmittel ist. Auf Kosten der Volksgesundheit sollte eine verantwortungsvolle Politik keine wirtschaftlichen Experimente machen. Der Leidtragende dieses Entgegenkommens an die Landwirte wird, wie immer, die große Masse der Minderbemittelten sein. Die Agrarier und Händler aber werden den Erfolg und den Gewinn einheimen.

Die Aufnahme der Programmrede

In den Pressestimmen von heute morgen zu der Rede des Reichsanwalters Dr. Wirth spiegeln sich die Auffassungen der verschiedenen Parteien wider. Die rechtsstehenden Blätter toben natürlich über die Aussicht einer wirksamen Erregung des Besitzes. Der „Vorwärts“ nimmt den Ausführungen des Kanzlers im wesentlichen zu. Georg Bernhard in der „Fossischen Zeitung“ meint, daß die von Dr. Wirth angekündigten tieferen und allgemeineren Eingriffe im Steuerwesen im Grunde genommen alte Rezepte seien. Eine ernstere Aufmerksamkeit habe es erregt, als der Kanzler von der Erfassung der sogenannten Goldwerte sprach. Im Grunde genommen sollen diese Formen der Besteuerung nur dazu dienen, der Anwendung der Steuergemeinschaft zu entgegen. Aber der Ernst der Zeiten gestatte nicht, starke Papier-Aktien gegen Steuern zu führen, die wirklich etwas einbringen und in ihrer Gesamtheit geeignet sind, das Repara-

tionsproblem mitamt der innerdeutschen Finanzanleiherung glücklich zu lösen.

Die „Germania“, das Hauptorgan des Zentrums, führt aus, daß die eigentlichen Schwierigkeiten erst beginnen würden, wenn die finanziellen Grundlagen unserer Leistungen an die Entente gelegt werden sollen. Es sei sehr bezeichnend gewesen, daß sich gerade auf der äußersten Rechten bei diesem Gegenstand der Widerspruch am deutlichsten bemerkbar machte. Im Kriege habe man Gut und Leben opfern müssen, jetzt gelte es nur Gut. Das Blatt fährt fort: Wenn gleichwohl die Kreise, die früher die größten Opfer für selbstverständlich erklärten, heute widerstreben, so entspricht das zwar nicht dem ersten Gebot allen politischen Arbeitens, der Konsequenz, um so mehr aber dem ganzen Geist der Rechts-Opposition seit dem Umsturz. Man wird sich darauf gefaßt machen müssen, daß er die Steuerfragen weiser Kreise als willkommenes Agitationsmittel auszunutzen verstehen wird. Das wird um so leichter sein, als das finanzielle Programm der Regierung naturgemäß unter den gegebenen Umständen außerordentlich weitschweifend und vielseitig, ja selbst hart sein muß, und darum werden auf diesem Gebiet sich für die neue Regierung immer wieder Klippen einstellen, die glücklich zu überwinden nicht nur weiseste Staatskunst, sondern auch fester Wille einer entschlossenen und zielbewussten Parlamentsmehrheit unerlässliche Notwendigkeiten sein werden.“ Ob das überhaupt im Bereiche der Möglichkeit liege, das sei die große Frage die die Parlamentsdebatte in den nächsten Tagen klären müsse.

Eine Abfuhr an Kahr

Befehl der Entente: Es muß entwaffnet werden!

Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ erfahren, erschien am Mittwoch nachmittag in Abwesenheit des Herrn Kahr bei seinem Stellvertreter Mail der englische Botschaftsrat und Generalkonsul in München, R. Seeds, und erklärte auf Befehl seiner Regierung: „Ich bin beauftragt, kategorisch zu erklären, daß die Anwendung der Sanktionen nur vermieden werden kann, wenn von Bayern die in dem Ultimatum geforderten Bedingungen restlos erfüllt werden. Die Bedingungen enthalten, wie bekannt, die Forderung sowohl der Entwaffnung als der Auslösung der Einwohnerwehren.“

Der französische Gesandte in München hat bereits am Montag, noch bevor Herr Kahr im Landtag seine Erklärung abgab, der bayerischen Regierung den Befehl seiner Regierung überbracht, daß sie auf der genauen Durchführung des Ultimatus bestehen müsse. Aus diesem Vorgang ist zu ersehen, daß Herr Kahr es auf alle Fälle auf einen Konflikt abgesehen hat. Nachdem ihm die Haltung der Entente genau bekannt war, durfte er auf keinen Fall im Landtag den Anschein erwecken, als ließe sich noch eine Möglichkeit finden, der Entwaffnung zu entgehen. Seine Einwendungen gegen die Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren sollen, wie weiter gemeldet wird, England, Frankreich und Italien voranlaßt haben, gemeinsam eine scharf gehaltene Note an die bayerische Regierung zu richten, worin die Behauptung des bayerischen Ministerpräsidenten von Kahr, daß Bayern nicht entwaffnen kann, widerlegt wird.

Kohlenmangel und Kohlenüberfluß

Amlich wird mitgeteilt, daß in einer heute mit Vertretern der Berliner Straßenbahn und der Hoch- und Untergrundbahn bei dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung abgehaltenen Besprechung vereinbart wurde, zunächst nur die von diesen Verwaltungen bereits in Aussicht genommenen Beschränkungsmaßnahmen, vor allem Beschränkungen in der Zahl der Belagungen, alsbald zur Durchführung zu bringen. Weitere Maßnahmen müssen jedoch vorbehalten bleiben, sofern die Stockung des Steinkohlengutes aus Schließen anhält.

Im Widerspruch zu diesem angeblichen Kohlenmangel steht die Tatsache, daß in Rheinland-Westfalen mit der Stilllegung von 7 Zechen begonnen worden ist, wie aus der von uns wiedergegebenen Anfrage unserer Genossen im Landtag hervorgeht. Nationalistische und kapitalistische Interessen scheinen sich hier zu vereinigen, um wieder einmal die wertvolle Bevölkerung zu schädigen!

Deutsche Reparationskohle nach England

London, 1. Juni.

Im Unterhause wurde von Regierungsseite mitgeteilt, daß seit dem Ausbruch des Bergarbeiterstreiks 94 000 Tonnen deutscher Kohlen, die auf Grund der Reparationsbestimmungen an Frankreich und Belgien geliefert wurden, in England eingeführt worden sind. Die englische Regierung habe keine Kenntnis von irgendeinem Protest Deutschlands. Uebrigens sei auch im Friedensvertrag keine Bestimmung enthalten, die eine Wiederausfuhr der fraglichen Kohle aus Frankreich und Belgien verbiete.

Das ist die internationale Solidarität des Kapitals. Nachdem der Verbandstag der deutschen Bergarbeiter aber erklärt hat, daß Abmachungen getroffen werden, um den Versand der Reparationskohle nach England zu verhindern, ist zu hoffen, daß diesem unehrlichen Spiel der Ententeregierungen ein Ende gemacht wird.

Die Regierungskrise in Deutschland

Wien, 1. Juni.

Nach Erledigung des Einlaufes bringt Dr. Weiskirchner folgende Zusage des Bundeskanzlers zur Kenntnis des Hauses: „Die Bundesregierung hat sich veranlaßt gesehen, dem Herrn Bundespräsidenten die Bitte um Enthebung vom Amte zu unterbreiten. Der Bundespräsident hat die Bundesregierung ihres Amtes entzogen und gleichzeitig die schwebende Bundesregierung unter meinem Vorsitz mit der Fortführung der Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung betraut.“

Der Präsident bemerkte, die Zusage werde dem Hauptauschuß zur weiteren Behandlung zugewiesen, und er habe es im Einvernehmen mit den Parteien des Nationalrates nicht für angemessen, heute in weitere Verhandlungen einzutreten. Die nächste Sitzung werde auf schriftlichem Wege einberufen.

Die österreichischen Finanzen

Der dem deutschösterreichischen Nationalrat vorgelegte Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das zweite Halbjahr 1920/21 weist Gesamtausgaben in Höhe von 49 495 Millionen Kronen und Gesamteinnahmen von 24 075 Millionen Kronen auf. Somit besteht ein Fehlbetrag von 25 421 Millionen Kronen, der durch Kreditoperationen gedeckt werden soll. 19 Milliarden Ausgaben sind durch Kursverluste infolge des niedrigen Standes der Krone verursacht worden. Personal- und Pensionsaufwand erfordern 14 Milliarden, die staatlichen Zuschüsse zur Verbilligung von Wehl, Fleisch, Fett und Kondensmilch über 10 Milliarden. Im Vergleich zu 1920/21 weisen die Gesamtausgaben eine 40 prozentige Steigerung auf, während die Bundeseinnahmen, insbesondere die öffentlichen Abgaben, dann die Einnahmen aus den Monopolen und Betrieben sich um 60 Prozent erhöhen. Der Gesamtschuldenstand der Republik Oesterreich beträgt einschließlich der Auslandsschulden für Lebensmittel und Rohstoffe und der bei diesen Schulden berechneten Kursverluste rund 170 Milliarden. Nach dem dem Entwurfe beigegebenen wirtschaftlichen Extravotanschlag beträgt der Verlust beim Bundesbahnbetrieb 4900 Millionen, bei der Post 354 Millionen und beim Telegraphen 144 Millionen.

Silberschmidt im Wiederaufbauministerium. Der Wiederaufbauminister Dr. Rathenau hat den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Silberschmidt vom Bauarbeiterverband dafür gewonnen, zur Wahrnehmung der gewerkschaftlichen Arbeiterinteressen in das Wiederaufbauministerium einzutreten.

Reaktionäre Diktatur in Rumänien. Der in Bukarest abgehaltene Kongreß der kommunistischen Partei Rumäniens beschloß, wie die „Dena“ meldet, mit 432 gegen 111 Stimmen den Anschluß an die Moskauer Internationale. Die rumänische Regierung beantwortete diesen Beschluß mit Massenverhaftungen der Parteimitglieder. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Beschlusses umzingelte Polizei das Kongreßlokal und führte 74 der radikalsten Kongreßteilnehmer ins Gefängnis ab. Sie werden sich demnächst vor dem Kriegsgericht zu verantworten haben. Unter den ins Gefängnis geworfenen Kommunisten befinden sich fünf Parlamentsmitglieder. Die bürgerliche Presse Rumäniens soll dem energischen Vorgehen der Regierung allgemeinen Beifall.

Legendentheater

(Früher Volksbühne).

Im vergangenen Jahre sind in Deutschland 150 000 Menschen aus der Kirche ausgetreten. Das kann die „Volksbühne“ nicht mit ansehen. Sie macht Propaganda für die katholische Kirche. Mit Glockengeläut, Gebet und Kindergesang. Denn das ist der Inhalt der „St. Jakobsfahrt“ von Diepsholtschmidt, die im „Neuen Volkstheater“, man kann schon beinahe sagen, „zelebriert“ wird.

Scherz beiseite! Ich weiß, daß die Volksbühne keine Kirchenpropaganda machen will. Ich will auch glauben, daß Diepsholtschmidt nicht die kirchliche, sondern eine außer- und überkirchliche, innerliche Religiosität verherrlichen will.

Beabsichtigt ist also diese kirchliche Propaganda wohl nicht. Aber sie ist ohne Zweifel das Resultat, muß das Resultat sein bei diesem Legendenspiel, das die gewollte außerkirchliche Religiosität mit lauter kirchlichen Mitteln verherrlicht, das in jeder katholischen Kirche ohne weiteres aufgeführt werden könnte, das in jede kirchliche Feier hineinpakt und das endlich mit einer rührenden Lobpreisung der Jesulebensfeiernden Beichte, endet, die jedes gläubige Gemüt begeistern wird.

Inhalt dieses Legendenspiels ist die einfache alte Geschichte von „Schuld“ und „Sühne“. Der „Schwab aus Heigerloch“ vertritt auf der Wallfahrt nach Spanien zum Grabe des heiligen Jakob, bedient von den Rufen eines schlechten kleinen Mädchens, seinen jungen Freund und Weggenossen, den „Grafen aus Belgienland“, und wird mitschuldig an dessen Tod. (Ein goldener Becher wird dem armen Jungen ins Ränzlein gesteckt, er wird, des Diebstahls überführt, erschlagen.) Von Neue gemartert, schleppt er die Beute mit sich durchs Land bis zu dem Grabe des Heiligen und ersticht im Gebet das Leben des Toten zurück, indem er verspricht, seine Schuld zu bekennen. Aber dies Bekennen seiner Schuld wird ihm so schwer. Er duldet, daß der kleine Freund ihn für seinen Lebensretter hält, daß die Eltern des Jungen ihn, den Heimgekehrten, lobpreisen und beschönigen, daß Gläubige ihn für einen Heiligen halten. Immer wieder verschleiert er die Beichte. Er wird ausfällig. Und da erst, als der inzwischen glücklich verheiratete junge Graf, ihm sein neugeborenes Kind (Kinderblut nämlich heißt den Auszug) opfern will, da erst vor so viel Güte brechen die Regler des verstockten Herzens; er bekennet seine Schuld — und der Tod erlöset ihn.

Das alles wird in einem altertümlich, hölzernen, kindlichen Legendenspiel dargestellt, mit viel Glockengeläut, Gebet und Aufblies-Aufblasen. Einmal wird eine regelrechte Messe mit schönem Kirchengesang gelebriert, und zum Schluß wird der er-

löbenden Beichte (es wird ausdrücklich „Beichte“ gesagt) ein Loblied gesungen.

Nun sagt zwar die dem Programm beigebrachte Einführung: damit sei nicht die „kirchliche Zeremonie der Priesterbeichte“ gemeint. Und weiterhin: „Die Wundermär, die diese St. Jakobsfahrt erzählt, ist nicht geschriebenes Gott zur Ehr, und den Gläubigen zur Lehr und der Kirche zu Ruhm und Preis“. Aber das sagt, weiß Gott, nur das Programm; in dem Stück selbst steht kein Wort davon; und wenn ein katholisches Kirchenblattchen dieses Spiel seinerseits für die katholischen Jungfrauenvereine reklamiert, so wird es kaum möglich sein, ihm das Gegenteil zu beweisen.

Trotzdem oder vielmehr gerade deshalb ist manches schön und eindrucksvoll in diesem Legendenspiel und zwar gerade die kirchlichen Szenen. Denn man mag noch so sehr ein Gegner der Kirche, ihrer antireligiösen Wirkung und innerlichen Unfreiheit sein, diese alten Gesänge und feierlichen Zeremonien, von wirklich frommen Herzen vor tausend Jahren erfunden und empfunden, die sind schön — und tun noch heute ihre Wirkung, — einerlei, ob in der Kirche, ob im Theater. Die darüber hinausgehenden rein menschlichen Wirkungen des Stückes sind dagegen leider ziemlich dünn und schwach. Und eben deshalb weil die alten kirchlichen Zauberkräfte stärker wirken als die neuen dichterischen des Autors, eben deshalb ist das Resultat: eine (nicht beabsichtigte) Propaganda für die katholische Kirche. Denn wenn man das kirchliche, das Allerwelts-religiöse wegstreicht, was bleibt dann übrig?

Das schon mal zitierte Programm sagt: Der Autor suche „den Geist einer Zeit frommer Gläubigkeit, vorbehaltlos kirchlicher Hingabe an das Wunder“ letzten Endes nur deshalb lebendig zu machen, „um uns unter dem Mantel der Legende Menschen mit menschlichen Trieben und menschlichen Verden zu zeigen, Menschen von Fleisch und Blut wie wir“. Sehr schön! Aber wozu ist dann der Legendemantel nötig? Durch diesen Mantel wird die Sache gewiß nicht deutlicher, werden uns diese Menschen gewiß nicht näher gerückt. War es dem Autor wirklich nur darum zu tun, uns durch das Menschliche dieser Menschen zu erschauern, weshalb in Gottes Namen, hing er ihnen dann dies altertümliche Legendestück um? Weshalb demonstrierte er dann diese Geschichte von Schuld und Sühne nicht lieber an Emil Müller aus der Akerstraße? Weshalb muß dazu der „Schwab aus Heigerloch“ und der „junge Graf aus Belgienland“ bemüht werden? Die Akerstraße liegt uns näher. Und unser Zeitgenosse Emil Müller dem ganz dasselbe passieren könnte, wie dem „Schwab aus Heigerloch“, bloß ohne Glockengeläut und ohne Wunder, ist uns verwandter und würde uns mehr entzücken, als diese, gewiß sehr gut gemeinte, Legende.

Wie fremd ist uns das! Wenn die göttliche Brüderschaft der frommen Pilger erst den armen Kleinen, des Diebstahls verdächtigen Zwergen zur größeren Ehre Gottes todschlägt und dann an der noch warmen Leiche die fälligen Gebete in aller Demut verrichtet — das erschüttert uns nicht, sondern eckelt uns an.

Legendemantel und Kinderkostüme und Glockengeläute und mittelalterlicher Holzschneitstil in Ehren! Aber wir brauchen andere Mittel. Wir sprechen eine andere Sprache und erleben andere Wunder. Weshalb in aller Welt sollen wir den einfältigen frommen Leuten, die vor 1000 Jahren lebten, ihren Still nachmachen? (Der übrigens uns nur heute einfältig und primitiv erscheint, ihnen aber das Neueste und Raffinierteste war, was es gab.) Weshalb sollen wir uns Kostüme umhängen, die uns nicht passen? Weshalb eine Sprache sprechen, die nicht die unsere ist? Laßt uns doch in Gottes Namen unser Leben leben, in unserem Stil. Auch auf der Bühne! Es lebe Emil Müller aus der Akerstraße!

Die Regie von Hans Brahm unterstrich noch das kirchliche, indem sie das ganze Spiel im Rahmen eines dreiteiligen gotischen Altar vor sich gehen ließ, der zu Beginn unter Orgelklängen, von kostümierten Ministranten auf- und zum Schluß wieder zugeklappt wurde. Dadurch, wie durch das ganze Spiel der immer gleichsam aus dem Altarbild heraus- und dann gehörig wieder abtretenden Figuren wurde der legendäre, altertümlich-primitiv Stil sehr stark betont. Desgleichen durch die steifen, archaisierenden Hintergrundschilder von Maxim Frey. Der junge Schauspieler Wangenheim war der Hauptfigur des „Schwab“ nicht ganz gewachsen. Ekstase brüht sich nicht immer durch Schreien aus. Weniger wäre mehr gewesen. Gertrud Kanth dagegen gab dem Frauenjungen einen rührenden Ton von jugendhafter Inbrunst, der die besten Wirkungen des Abends tat. In kleinen Rollen waren gut: Beate Fink, Erich Pabst, Fränze Koloff, Armin Schweizer, Sieckel, Fürst, Lobe und Lion.

Das Publikum war gerührt und begeistert. Die katholische Kirche kann dem kommenden Jahr mit Ruhe entgegensehen: Ausgetritte sind nicht mehr zu besorgen. Hans Siemsen

Bilder der Zeit

Kriegsgewinn einer Arbeiterin

Von D. Heideich

(Vergleiche „Freiheit“ vom 18. Februar, Abendblatt.)

Als junges Mädchen kam G. L. nach Berlin um hier Stellung anzunehmen und die Großstadt kennen zu lernen. — Stellung fand sie bald, doch um die Schönheiten Berlins kennen zu lernen, fand sie wenig Zeit. An den Ausgehntagen wurde die knappe Zeit benützt, um auf einem der naheliegenden Tanzböden die Jugend etwas zu genießen. — So vergingen die Jahre. Die Stellung

Es war einmal

Im preußischen Dreiklassenhaus tobte ein heiliger Kampf. Er war das Spiegelbild des stürmischen Drängens der Arbeiterklasse auf Befestigung der Dreiklassenwahl und auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts. Nur ein halbes Dutzend Sozialdemokraten gehörten dem „hohen“, dreimal gesiebten Hause als Abgeordnete an, aber sie hatten Klauen und Zähne, und ihre Reden waren furchtbare Anklagen gegen das schändliche Junker- und Plutokraten-Regiment in Preußen. Ihre Sprache war keine gewählte, aber — und das war ihr Vorzug — sie war wahr. Wie Peitschenhiebe sausten ihre Anklagen den ruhigen Junker- und Plutokraten-Regiment in Preußen. Ihre Sprache war keine gewählte, aber — und das war ihr Vorzug — sie war wahr. Wie Peitschenhiebe sausten ihre Anklagen den ruhigen Junker- und Plutokraten-Regiment in Preußen.

Und so geschah es. Wieder tobte im Dreiklassenhaus eine Redeschlacht. Unsere Sechser stellten ihren Mann. Ihre Sprache war deutlich bis zur Grobheit. Rücksichten kannten sie nicht, weder gegen sich, noch gegen andere, die einzige Rücksicht war jene auf die drängenden Massen, die ihnen ein bestimmtes Mandat übertragen hatten. Der Präsident tobte, es hagelte Zwischenrufe, Ordnungsrufe über Ordnungsrufe wurde verhängt, schließlich wurden zwei Abgeordnete, Julian Borchardt und Leinert, angefordert, den Sitzungssaal zu verlassen. Sie blieben sitzen. Der Präsident drohte mit dem Hinauswurf. Ohne Erfolg. Borchardt und Leinert wollten es darauf ankommen lassen. Sie brauchten weder Rücksicht zu nehmen auf gebügelte Hofensalben oder geplättete Hemdenbrüste noch auf kluge „Ermäßigungen“ anderer Art. Und beide wurden förmlich von den herbeigeholten Schergen hinausgetragen. Ein Bild der Schande für den deutschen Parlamentarismus.

Ein Jahrzehnt ist mittlerweile ins Land gegangen. Das Dreiklassenhaus ist verkauft und verendet. Die ärgsten Junker von damals bilden nur noch eine Minorität und die „Opposition“ im jetzigen Preußen-Landtag. Und der „Kadaverbruder“ Leinert von damals — wir wollen uns die Wiedergabe all der Beschimpfungen der reaktionären Presse ersparen — ist inzwischen Oberbürgermeister geworden und thronet als Präsident in dem gleichen Sitzungssaal, aus dem er einstens gewaltsam entfernt wurde. Er ist ganz Würde und salbungsvoller als je ein Kröcher oder Erbsa. Und mit dem Amte, der Würde und der gepflanzten Hemdenbrust ist ihm die Erleuchtung gekommen, die Erleuchtung von der Würde des hohen Hauses. Wehe, wenn heute ein Abgeordneter der Opposition von links wagt, was Leinert in seiner Abgeordneten-Kaiserkzeit im preußischen Dreiklassenhaus getan und was er auf dem Niederrheinischen Parteitag noch zu steigern versprochen hat. Ihn trifft nicht nur der schrille Ton der Glocke, dieses oft einzige Wahrzeichen präsidialer Würde, sondern auf ihn hagelt es Ordnungsrufe herab und Ermahnungen, die gerade aus dieser Runde einen unangenehmen Beigeschmack haben.

Da es aber Herrn Leinert ergeht wie so vielen „Autoritäten“, die nicht kraft ihrer Persönlichkeit autoritativ zu wirken verstehen, er selbst sich andererseits aber unbedingt als Respektsperson ansieht, ist er auf den verführerischen Gedanken verfallen, sich durch Zwangsmittel Autorität zu verschaffen. Die Junker des preußischen Dreiklassenhauses hatten ihrem Präsidenten die Macht verliehen, seine Autorität nicht respektierende Abgeordnete mit Gewalt aus dem Sitzungssaal befördern zu lassen. Das war brutal, verfehlt aus letzten Endes die Wirkung. Und da Leinert Objekt dieser Brutalität war, möchte er nicht gern darauf zurückgreifen. Aber seiner gewonnenen höheren staatsmännischen Einsicht gemäß ist er auf einen anderen Ausweg verfallen. Im Geschäftsausschuss des preußischen Landtages, der sich mit der Frage beschäftigte, wie Abgeordnete beizukommen sei, die trotz wiederholter Warnungen die Ordnung des Hauses weiter stören, machte Herr Leinert den bezeichnenden Vorschlag, solchen Abgeord-

wurden gemeldet um sich zu verbessern, doch selten mit Erfolg, denn die Herrschaften ähnelten einander in ihren Ansprüchen. —

G. L. sparte dabei soviel als möglich, denn auch sie wollte heiraten, und die Eltern waren arm. Ihr Liebster war Soldat und hatte nicht mehr an irdischen Gütern wie sie, also sparten. — Da kam der Krieg. Weil er aktiv diente, mußte er als erster mit weg. Vom allgemeinen Kriegstaumel erfasst, trösteten sich beide mit dem Gedanken, daß ja in 6—8 Wochen der Krieg zu Ende sein werde, und sangen beim Marsch zum Bahnhof voller Begeisterung das Lied vom Wiedersehen in der Heimat. — Beim Sturm auf Vütlich ließ er sein junges Leben. — G. L. mußte sich trösten wie so viele andere. — 1918 gab sie die Stellung auf, um Geld zu verdienen, ging sie in eine Pulverfabrik. — Staub und Dämpfe färbten Haut und Haar gelb und keine Seife half dagegen. Kolleginnen von ihr wurden von der ungesunden Arbeit krank und mußten die Arbeit wechseln. Ihre robuste Gesundheit überwand es. — Ihr Streben ging dahin, sich etwas für die Zukunft zu sparen, denn die schönste Jugend war hin und ihr Liebster auch. —

Der Kohlrubenwinter wurde noch überstanden, doch Anfangs 1918 wurde sie krank. — Der Arzt sprach von ihren Nerven, verschrieb ihr wegen der schlechten Augen eine Brille, empfahl Arbeitswechsel und gute Nahrung! Sie wechselte die Arbeit und kam an eine Maschine. Hier hieß es, gut auspassen, das tat sie auch so gut sie konnte. Was die bessere Nahrung betrifft, so kaufte sie jetzt öfters was „hinterum“ und opferte so ihr lauer verdientes Geld — den Schleichhändlern. —

Doch das Gift der Pulverfabrik, die Überarbeit und die Kohlrubenzeit hatte aus dem frischen Landmädchen ein nervöses Wesen gemacht. — Eines schönen Tages war der Zeigefinger der rechten Hand weg und lag neben der ruhig weiterarbeitenden Maschine. — G. L. kam nach dem Krankenhaus, an die Maschine kam eine neue Kraft. — Aus dem Krankenhaus, notdürftig geheilt, entlassen, bekam sie eine leichte Arbeit, denn Arbeitskräfte wurden zu der Zeit gebraucht. Doch der Krieg ging zu Ende die gute Konjunktur war vorbei. —

Im Frühjahr 1919 wurde auch G. L. entlassen, zusammen mit noch vielen Kolleginnen wegen Arbeitsmangels. Was nun? — Fabrikarbeit war nicht zu finden, in Stellung konnte sie nicht gehen, mit gerüttelten Nerven, Brille und ohne Zeigefinger, keiner wollte sie haben. — Sie erhielt Erwerbslosenunterstützung, und lebte im übrigen von ihren Spargroschen. — Hin und wieder fand sie auch kurze Zeit Arbeit, doch ins richtige Fahrwasser kam sie nicht mehr hinein.

Ihre Wohnung besteht aus einer kleinen dunklen Stube am freistehenden Giebel. — Käse und Feuchtheit herrscht in dem wasserundurchlässigen Raum. — Ihre verleihte Hand ist immer noch nicht recht in Ordnung, ihr sonstiger Gesundheitszustand ist schlecht. —

neten die Diäten zu entziehen. Also Stoßschläge auf den Magen empfiehlt der Herr Präsident. Womit der preussische Landtag, würde dieser „originelle Vorschlag“ Beachtung finden, wirklich auf den Hund gekommen wäre. . . .

Preussischer Landtag

Reaktionärer Sturm auf den Groß-Berlin

In der Mittwochsitzung des Preussischen Landtags wurde zunächst die Debatte über die Vorlegung eines Gesetzes zur Abänderung des Kommunal- und Kreisabgabengesetzes fortgesetzt. Genosse Leib führte dabei aus:

Viele Gemeinden sind vollkommen bankrott, nicht zu wenigsten wegen des ungenügenden Kommunal-Abgabengesetzes. Mit der Reform des Kommunal-Abgabengesetzes ist es aber allein nicht getan. Wir kommen um eine gründliche Reform nicht mehr herum. Den Gemeinden sind während des Krieges vom Reiche ungeheure Lasten aufgebürdet worden, auch heute noch müssen sie Aufwendungen machen, für die das Reich an sich zukünftig ist. Dabei denkt das Reich gar nicht daran, diese Gelder zurückzuerstatten. In absehbarer Zeit ist eine gesunde Finanzpolitik überhaupt nicht möglich. Der Ruf nach Sparmaßnahme muß wie ein Horn wirken, da in der letzten Zeit für soziale Zwecke überhaupt nur ganz geringe Mittel ausgegeben worden sind. Der Antrag Altgoetz ist für uns unannehmbar. Daß die Beschlüsse für die Allgemeinheit keine Opfer bringen wollen, beweist ihr Kampf in Berlin gegen die geplante Wohnungssteuerveränderung. Bei der Reform des Kommunal-Abgabengesetzes wünschen wir, daß den Gemeinden die Möglichkeit gegeben wird, die Steuern nach sozialen Gesichtspunkten zu staffeln. Wann kommt endlich das Kommunalsteuergesetz?

Nach längerer Debatte zwischen Leib und Leinert wird ein Schlußantrag angenommen, und der Antrag über Verwendung der Realsteuern an einen verstärkten Ausschuss von 23 Mitgliedern überwiesen.

Es folgte dann der Vorstoß der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gegen das neue Groß-Berlin. Ein Antrag bezweckt, die Zentralgewalt der Gemeinde einzuschränken, den einzelnen Verwaltungsbereichen soll größere Selbständigkeit gewährt werden. Pastor Koch versuchte für die Schulden der Stadt Berlin die Revolution verantwortlich zu machen. Der Reichsjournalist Hirsch führte die unwahren Behauptungen Kochs auf das Maß der Richtigkeit zurück. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wurde die Sitzung um 6 Uhr geschlossen.

Die Ultratrappen-Internationale

In seiner Zeitschrift „Sozial“ veröffentlicht Paul Deul einen längeren Artikel zum letzten Kongreß der Moskauer Internationale. Der Kern seiner Ausführungen ist in folgenden Sätzen enthalten:

„Wir wollen ganz offen reden: es gibt in der kommunistischen Internationale Elemente, die mit den mangelnden Vorleistungen weiter Kreise von Menschewismus und Opportunismus schändlich treiben, und die bewußt wider besseres Wissen anderer politischer Auffassungen sich mit diesem Geschrei von Menschewismus und Verrat entledigen wollen.“

„Der Gedanke der Zusammengehörigkeit des Proletariats darf nicht ohne schwere Not verleugnet werden. Und dieser Gedanke gilt namentlich gegenüber jenen Organisationen, die gar nicht eigentliche politische sind, sondern mehr wirtschaftlicher gewerkschaftlicher Art usw.“

„Wenn von manchen Genossen gesagt wird, die Folgen (des Märzputsches) seien gar nicht so schwer, wie wir sie dargestellt hätten, so bestreiten wir das auch rein zahlenmäßig. Aber ganz abgesehen von der Zeit, ist es die Qualität der Verluste, die uns mit der größten Sorge erfüllt für das Schicksal der deutschen kommunistischen Partei, denn gerade das, was uns im Spartakusbund und in der alten kommunistischen Partei fehlte, jenes in den gewerkschaftlichen und anderen Organisationen seit verlorener proletarischer Element, das ist uns durch die Märzaktion nahezu völlig verloren gegangen, und wir sind fast davon überzeugt, wir werden dieses Element, wenn nicht die Deutsche kommunistische Partei und die Internationale ganz klar und offen von dieser Märzpolitik abblenden, nicht wiedergewinnen.“

„Ohne Namen zu nennen, muß ganz ruhig gesagt werden, daß es eine ganze Serie kommunistischer Parteien gibt, die nichts anderes verdienen, denn als Partei gestrichen zu werden. Sie

Vor einiger Zeit schrieb sie der Arzt krank, sie erhielt pro Tag 3 M. Krankengeld, den Satz der Erwerbslosenunterstützung und monatlich 22,20 M. Rente für den Finger. Von diesem Einkommen lebte sie seit zwei Monaten in einer Zeit, wo das Existenzminimum pro Woche 140 M. beträgt, wenn nicht heute schon mehr. — Um das nötige zum Leben anzuschaffen, verkaufte sie ihre Wäsche, die sie zur Aussteuer zusammengesparrt hatte, außerdem oft ihre Krankenforten für Milch und Krankenbrot. —

Freundlichen, tröstenden Worten entgegnete sie mit tiefer Bitterkeit. — Sie hat die Hoffnung verloren, das Letzte was sie noch hatte, und sagt, daß sie dem Elend bald ein Ende machen will. — So sieht unsere soziale Fürsorge aus und der Kriegsgewinn einer Arbeiterin.

Eine wichtige Entscheidung des „Kaisers“. Wir lesen im politischen Teil des „Berliner Lokalanzeigers“. Im Jahre 1913 erwarb der kaiserliche Hof von neuem im Rheinlande errungenen Triumpfen heimgeführte Berliner Lehrergesangsvereine die von Wilhelm II. gestiftete Kaiserkrone als Ehrenpreis. Es ist nun wiederholt die Frage erörtert worden, welches die Zukunft dieses Ehrenpreises sei und wem sie gehören soll. Um diese Frage endgültig zu entscheiden, hat sich der Vorstand des Vereins an den Kaiser nach Amerongen persönlich gewandt und von Wilhelm II. die Versicherung erhalten, daß sie dem Berliner Lehrerverein vorläufig zustehen. Das Antwortschreiben, das vom Generaladjutanten des Kaisers unterzeichnet ist, hat folgenden Wortlaut (Hört, hört!): „Ich beehre mich, den Empfang des geehrten Schreibens vom 15. ds. mit Dank ergehen zu befehlen und dem hinzufliegend zu bestätigen, daß ich nicht verfehlt habe, dessen Inhalt Ihrer Majestät dem Kaiser und Königin vorzutragen. Seine Majestät steht auf dem Standpunkt, der Berliner Lehrergesangsverein hat sich die Kaiserkrone 1913 erworben, bleibt im Besitz des Preises solange, bis ein neuer Gesangsverein durch einen neuen Kaiser ausgerufen wird, um den Preis alsdann zu verteidigen oder neu zu erringen.“

Der Kartenverkauf der Staatsoper. Um dem Publikum mehr IV. Rangarten in der Staatsoper zur Verfügung zu stellen, sollen die Kartentickets für die Unterstadt und das Institut für Kirchenmusik im IV. Rang künftig weg. Es sollen 47 Plätze täglich mehr zur Verfügung. Ferner wird, um das vergebliche Ansehen einzuschränken, Sonnabends abend die Zahl der zum Verkauf stehenden Plätze im III. und IV. Rang durch Anschlag bekanntgemacht.

Tages-Notizen

Volkshochschule Groß-Berlin. Professor Ferdinand Gregori leitete Sonntag, vormittags 10½ Uhr, in der Aula, Weinmeisterstraße 15, Erklärunge und litische Gedichte. Karten (1 M.) an den Arbeitsplätzen der Volkshochschule, im Bureau, Gegenstraße 24-26, und an der Kasse.

Kunstausstellung „Sturm“ (Weidenbühlstraße 134a). Gemälde von Rudolf Beyer und Werke von Peter Billewitz. Täglich von 10-6, Sonntags von 11-3 geöffnet.

bilden Ultratrappen und wirken so verwirrend, statt fördernd, nicht nur in eigenem Lande, sondern darüber hinaus.“

„Die gegenwärtigen Räte und Wähler sind keine organisatorischer Art. Die Exekutive hat politisch auf eine falsche Karte gesetzt. In Deutschland auf die K. A. P. — Partei und Politik — sie hat damit die kommunistische Partei in schwere Not gebracht. In Italien auf die mehr oder weniger wirren Gruppen der K. A. P. und hat sich damit außerhalb der breiten revolutionären Massen gestellt. In England auf die Sektierer der Shop-Stewards und auf revolutionäres Manadamentum und mühte den breiten Strom revolutionären Geschehens dahinführen lassen. Die Exekutive hat geglaubt, mit den Besten der Unorganisierten, der Organisationscheuren, der politisch Wasserhähnen die Revolution in Westeuropa betreiben zu können. Diese Besten sind in Westeuropa verwehte Spreu, so lange die breite Schicht der Triarier, der großen Organisationen ihnen nicht folgt.“

„Der zweite Kongreß hat damals für die Exekutive entschieden, ein Jahr Geschichte aber gegen sie.“

Kassenkämpfe in den Vereinigten Staaten. Bei einem Zusammenstoß zwischen bewaffneten Weißen und Schwarzen im Staate Oklahoma wurde ein Neger getötet und zwei bis drei verwundet. Am Mittwochabend zogen Weiße nach dem Regierungsviertel der Stadt. Der Gouverneur beschickte Truppen zur Unterstützung der Polizei zu beordern. Gegen Morgen fuhr ein Auto durch die Regierungsviertel, während ein halbes Dutzend Flugzeuge darüber flogen. Ein Trupp mit Gewehren bewaffneter Weißen schoß auf die Neger und ihre Häuser. Die Neger schossen zurück. Nach dem beim Gouverneur eingegangenen Bericht wird die Zahl der Toten auf 75 geschätzt.

Ein amerikanisches Erbe. Die französische Regierung ist benachrichtigt worden, daß ein Herr Fuhr in Bennisloamen den Besohnern der zerstörten Gebiete von Frankreich und Belgien zwei Millionen Dollar hinterlassen hat.

Aus der Partei

Dankagung des Genossen Bod

Genosse Bod-Gotha teilt uns mit: Es sind mir aus Parteikreisen soviel Gratulationen zugegangen, daß ich unmöglich jedem einzelnen dafür danken kann. Ich sage deshalb auf diesem Wege herzlichsten Dank für die innige Teilnahme aus Freunden und Parteikreisen an unserem goldenen Hochzeitstage. Wir werden diese überaus zahlreichen Beweise der Freundschaft und Sympathie nie vergessen.

M. Bod und Frau.

Parteitag der U. S. P. D. Groß-Thüringen

Am 28. und 29. Mai tagte in Erfurt der Bezirksparteitag der U. S. P. D. Bezirk Groß-Thüringen, an dem 81 Genossen teilnahmen. Vom Zentralkomitee war Genosse Rosenfeld erschienen.

Aus dem Geschäftsbericht, den der Bezirkssekretär Gen. Scholz gab, geht hervor, daß in Thüringen in 336 Ortsgruppen 32.900 Mitglieder organisiert sind. Der Landtagsabgeordnete, Genosse Hornmann, referierte über die politische Lage. Er trat für die Haltung des Zentralkomitees und der Reichstagsfraktion in den Fragen des Minimums und der Regierungsbildung ein, die auch in der Diskussion gutgeheißen wurde. Ueber die Gemeindepolitik der U. S. P. D. referierte Genosse Henke (Bremen) und über die Frauen- und Jugendfrage Genossin Warm (Berlin).

Beschlossen wurde, den Mindestbeitrag für männliche Mitglieder auf 2 M. und für weibliche Mitglieder auf 1 M. festzusetzen. Zur Bearbeitung der Fragen der Landes- und Gemeindepolitik soll in Weimar ein Sekretariat eingerichtet werden. Den Gemeindevertretern wird durch Beschluß zur Pflicht gemacht, die Zeitschrift „Die Sozialistische Gemeinde“ zu abonnieren. Einstimmige Annahme fand auch folgender Antrag:

„Das Zentralkomitee möge die Herausgabe eines Kommunalprogramms für unsere Partei in die Wege leiten, daselbst in der „Sozialistischen Gemeinde“ zur Diskussion stellen und vor seiner Beschlußfassung durch einen Parteitag einer Reichsgemeindevertreter-Konferenz vorlegen.“

In den Bezirksvorstand wurden folgende Genossen gewählt: Reiche, Scholz, Hornmann, Kahnt, Kleinmann, Seigel und Frau Germetzhaus.

Aus der Parteipresse

Die soeben erschienene Nr. 21 der von Dr. Rud. Breitscheid herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Wochenchrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Ausblicke der sozialen Revolution von Eugen Prager; Oberbegriffen: Die Probe für die Allierten von H. A. Brailford; Die internationale Aktion von Pierre Renaudel; Kommunismus Opportunismus von J. Belina; Sozialistische Utopie und sozialistische Experiment von Otto Jenken; Die Kindererblickeit in Newzealand von B. R. B.

Verbandstag der Angestellten

Dienstag, den 31. Mai

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission lagen Beschwerden gegen einen Teil der Berliner Mandate, gegen die Wahlen in Dresden sowie gegen ein Leipziger Mandat vor. Der von rechtssozialistischer Seite ausgehende Protest gegen die Berliner Ortsverwaltungsliste ist von der Kommission als sachlich unbegründet, der Protest gegen die Dresdener Wahlen als verpatet abgelehnt worden. Bei dem Leipziger Protest handelt es sich darum, daß ein Delegierter erschienen ist, der erst sein Mandat niedergelegt hatte und es nun — nachdem ein Erghmann für ihn eingetreten ist — ausüben will. Das wurde für unzulässig erklärt.

Der Verbandstag schloß sich diesen Vorschlägen der Mandatsprüfungskommission an.

Hierauf wurde die am Tage zuvor begonnene

Debatte über den Geschäftsbericht

fortgesetzt. Da die wichtigsten sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Fragen in besonderen Tagesordnungspunkten erörtert werden sollen, beschränkt sich diese Debatte in der Hauptsache auf die Ausgestaltung der Arbeit (namentlich die für weibliche Angestellte), auf innerorganisatorische Fragen, den Zustellungsmodus der Urlaubszeitschriften usw. Einen breiteren Raum nahm lediglich die Aussprache darüber ein, wie sich die Organisation gegen diejenigen Kommunisten verhalten solle, die in Gemäßheit der Moskauer Thesen den Verband schädigen. Der A. S. B. und hatte im September 1920 die Mitglieder der ihm angeschlossenen Organisationen verpflichtet, den Gewerkschaftsmitgliedern der Dritten (kommunistischen) Internationale und der von der Bildung kommunistischer Zellen drohenden Gefahr entgegenzutreten und die Einheit und Geschlossenheit ihrer gewerkschaftlichen Kampforganisationen zu wahren sowie gegen Mitglieder, die diesem Beschluß zuwiderhandeln, mit allen satzungsgemäß zulässigen Mitteln vorzugehen.

Darüber hinaus hatte der Beirat des J. d. A. im November 1920 beschlossen, daß Mitglieder, die einer Partei angehören, welche die Richtlinien der Dritten Internationale anerkennt, nicht als Beamte im Verbandsrat tätig sein können. Ueber den Ausgang dieser Debatte orientierte bereits ein im Morgenblatt gedrucktes Telegramm, nach welchem den Beiratsbeschlüssen eine neue Fassung gegeben wurde.

Weiter beschloß der Verbandstag, an dem bisherigen Zustellungsmodus der Verbandszeitung festzuhalten, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, und der Verbandszeitung mit dem Angestelltenverband des Buchhandels zuzustimmen.

